

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Flüchtlingsarbeit: Von der Unterbringung zur Integration

Die Rathaus SPD setzt sich dafür ein, die Strukturen der Flüchtlingshilfe in der Stadt weiter zu stärken. „Im vergangenen Jahr galt das Hauptaugenmerk der Herausforderung, für die neu angekommenen Flüchtlinge Quartiere zu finden und eine Erstbetreuung zu bieten. Dies wurde – auch dank zahlreicher ehrenamtlicher Helfer und einem Sofortprogramm des Stadtrates – geschafft. Nun gilt es, den Blick auf die künftigen Aufgaben zu lenken“, meint die SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Anja Prölß-Kammerer. Wenn Flüchtlinge aus den Erstaufnahme-Einrichtungen in Unterkünfte der Stadt übersiedelt werden, wo sie voraussichtlich längere Zeit leben werden, beginnt die eigentliche Integrationsarbeit. „Es reicht ja nicht, jedem ein Bett zu zuweisen und auf die Beendigung der Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen zu warten. Derzeit gibt es ein freundliches Klima, viele engagierte Helferinnen und Helfer und wachsende Angebote zum Beispiel für Deutsch- und Integrationskurse“, stellt Prölß-Kammerer fest. Für sie fehlen aber nachhaltige Strukturen für diese Flüchtlingsarbeit. Auch ein Netzwerk zur Verbindung der Hilfeleistungen ist nicht gegeben. Gerade ehrenamtliche Hilfen werden derzeit meist immer nur für eine Flüchtlingsunterkunft in der Nachbarschaft angeboten. Es wäre aber wichtig, Erfahrungen aus allen Stadtteilen auszutauschen, überall auftretende, gemeinsame Probleme zu artikulieren und sich wenn möglich, auch gegenseitig zu helfen.

Um die ehrenamtliche und professionelle Flüchtlingshilfe in der Stadt zu stabilisieren, hat Prölß-Kammerer deshalb einen Stadtratsantrag eingereicht. Ihr Vorschlag: Die Stadt Nürnberg organisiert eine Konferenz, zu der alle gesellschaftlich relevanten Akteure eingeladen werden. Damit soll ein Austausch zwischen Bürgervereinen, Sportvereinen, Sozial- und Jugendverbänden, die sich derzeit für die Flüchtlingshilfe engagieren eingeleitet werden. Best-Practice-Lösungen sollen dabei ebenso gesammelt werden wie gemeinsame Anliegen. Bei dieser Konferenz könnten die städtischen Stellen von ihren Initiativen und Schwerpunkten berichten.

Prölß-Kammerer hofft, dass auf diese Weise die zivilgesellschaftlichen Kräfte gestärkt und die Willkommenskultur vorbeugend gegen fremdenfeindliche Ressentiments unterstützt werden kann. Langfristig hält sie jedoch eine bessere finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden aus den Integrationsprogrammen von Bund und Ländern für nötig. „Die Mittel für die Integration sind vorhanden. Sie müssen aber auch richtig zugeteilt werden“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende.

Nürnberg, 8. Januar 2015